

Verantwortliche Redakturen. Für den politischen Theil: C. Föncke, für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen Redakt. Theil: S. Schmiedebaus, sämtlich in Bosen. Verantwortlich für den Inseratenteil: O. Krotte in Bosen.

Bosener Zeitung Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Bosen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei G. H. Schell, Köstler, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Reichel, in Firma J. Acemann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei S. Ehrapenski, in Wejeritz bei Ph. Kallfries, in Breschen bei J. Jodelohr u. b. d. Inserat-Annahmestellen von G. E. Dande & Co., Saalenstein & Fogler, Rudolf Koss und „Anwaltsbank“.

Nr. 532.

Die „Bosener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M., für die Stadt Bosen 5.45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nebeneinander ausgegebenen der Zeitung, sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 2. August.

1890.

Amtliches.

Berlin, 1. August. Der Kaiser hat den Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath im Reichs-Justizamt Freiherrn v. Sedendorf zum Geheimen Ober-Regierungsrath ernannt.

Der bisherige Militär-Intendantur-Sekretär Meyer von der Korps-Intendantur des XI. Armee-Korps ist zum Geheimen revidirenden Kalkulator bei dem Rechnungshofe des deutschen Reiches ernannt worden.

Der Kreis-Bauinspektor, Baurath Holzhausen zu Leobschütz i. Schl. ist in gleicher Amtseigenenschaft nach Sagan versetzt worden.

Der bisher bei der königlichen Polizei-Direktion in Köln angestellte Bauinspektor Blankenburg ist nach Ewinemünde versetzt und mit der Verwaltung der dortigen Kreis-Bauinspektorstelle betraut worden.

Der bisherige Kreis-Bauinspektor de Croote in Wollstein ist als Bauinspektor nach Bosen versetzt und der dortigen königlichen Regierung zur ausführenden Beschäftigung überwiesen worden.

Der Kreis-Bauinspektor Bohl zu Naugard ist in gleicher Amtseigenenschaft nach Neu-Ruppin versetzt worden.

Der Kreis-Bauinspektor Baurath Stoll in Nachen ist nach Köln am Rhein versetzt und mit der Verwaltung der Bauinspektor-Stelle bei der dortigen königlichen Polizei-Direktion betraut worden.

Der Kreis-Bauinspektor, Baurath Otto zu Elbing ist auf seinen Antrag in die von ihm früher bekleidete Kreis-Bauinspektor-Stelle zu Könitz Westpr. zurückversetzt worden.

Der bisher als technischer Hilfsarbeiter bei der königlichen Regierung in Danzig angestellte Bauinspektor Habermann ist als Kreis-Bauinspektor nach Wollstein versetzt worden.

Die Beförderung der ordentlichen Lehrer am Realgymnasium in Elberfeld Heydenreich und Dr. Bädelsmann zu Oberlehrern an derselben Anstalt ist genehmigt worden.

Der Geheimen Regierungsrath im Finanzministerium Meyer ist zum Kataster-Inspektor bei der königlichen Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin ernannt worden.

Politische Uebersicht.

Bosen, 2. August.

In einer Aeußerung über die „Feigheit der Presse“ hatte das mittelparteiliche Deutsche Wochenblatt daran erinnert, daß die Hamburger Nachrichten bis heute noch nicht den Wortlaut jener Waldersee-Depesche veröffentlicht hätten, welche die vielberufenen Artikel über militärische Unterströmungen und Kriegstreiberentworfte dementirte. Das Hamburger Blatt hatte sich dann bekanntlich den Anschein gegeben, als hätte es die Wiedergabe des Wortlautes aus Rücksicht auf den Generalstabschef oder auf noch höhere Stellen unterlassen. Jetzt meldet ein Berliner Telegramm der „Frankfurter Zeitung“: „Ich erfahre aus sicherer Quelle, Graf Waldersee habe durchaus nichts gegen die Veröffentlichung des Wortlautes seiner viel erwähnten Depesche von Drontheim an die Hamburger Nachrichten einzuwenden, er überlasse vielmehr diesem Blatte, zu thun, was ihm beliebt. Sollten die Hamburger Nachrichten mit der Veröffentlichung zurückhalten, so dürfte eine anderweitige Publikation doch nicht zu unterdrücken sein.“

Der zweite Brief des Korrespondenten der „Nowoje Wremja“ über seinen Besuch beim Fürsten Bismarck enthält ebenso wenig Neues wie der erste. Der frühere Reichskanzler bemühte sich seinem russischen Gaste weiltläufig auseinandersetzen, daß er immer für gute freundliche Beziehungen zu Rußland gewesen sei, weil er dies vor Allem für entsprechend dem Vortheil und den Interessen Deutschlands halte. Von Interesse sind höchstens zwei Bemerkungen. Er hätte längst gewünscht, mit den Vertretern der russischen Presse in Beziehung zu treten, doch sei das früher, als er noch in Gesandtschaft, sehr fiktlich gewesen, weil man ihm Mißtrauen entgegengebracht haben würde. (Am 6. Februar 1888 sprach sich der damalige Reichskanzler sehr unwillig über die russische Presse aus, die noch mehr als die übrige, nichts als Drucker-schwärze auf Papier sei!) Die zweite Bemerkung behandelt die von dem Fürsten bestrittene Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Rußland. „Stellen wir, äußerte er, die Frage auf realen Boden. Welche Kompensation, welchen Lohn könnte die Seite gewinnen, welche die Oberhand behält? Rußland könnte uns einen Uferstrich am Meere nehmen, das heißt noch eine Zahl Balten erwerben, mit welchen schlecht auszukommen wäre, da die Bevölkerung dieses Striches sehr demokratisch ist. Hätte Deutschland die Oberhand, so müßten wir von Ihnen die Polen nehmen, deren wir schon genug haben, mehr als uns wünschenswerth ist. Dabei ist es unzweifelhaft, daß fünfmalhunderttausend Deutsche Rußland nicht so viel Schaden zufügen, als ebenso viele Russen, die in seine Grenzen einfielen, Deutschland.“

Der sozialdemokratische Parteitag wird am 12. Oktober und den folgenden Tagen in Halle stattfinden. Ein von sämtlichen Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterzeichneter, sich in stolzen Worten über das Aufhören des Sozialistengesetzes, das am Felsen der

Partei zerschellt sei, ergehender Aufruf empfiehlt, die Wahl von Vertretern für den Parteitag in ganz Deutschland gleichzeitig und zwar am ersten Tage der „neuen Aera“, am 1. Oktober vorzunehmen. Auf die Tagesordnung sind u. A. vorläufig gesetzt worden: Die Organisation der Partei (Berichterstatter Auer). Das Programm der Partei (Liebnecht). Die Parteipresse (Auer u. Bebel). Die Stellung der Partei zu Strikes und Boykotts (Grillenberger u. Kloß-Stuttgart). Von den Parteistreitigkeiten ist natürlich in dem Aufruf mit keinem Worte die Rede; trotzdem liegt es auf der Hand, daß sie einen wichtigen Theil der Verhandlungen des Parteitages bilden werden. Daß man irgend einen Ausweg finden wird, ist anzunehmen; allerdings wird das bei der zunehmenden Erbitterung nicht ganz leicht sein. Auch der Abgeordnete v. Vollmar, den man, obgleich er zu den anerkannten Führern der Partei zählt, mit keinem Referat betraut hat, wird sich kaum auf die Seite der Abgeordneten Bebel und Liebnecht stellen. Das geht aus einer Rede hervor, welche Herr v. Vollmar kürzlich in München im Verein für volkstümliche Wahlen gehalten hat und über welche die „Tff. Ztg.“ folgenden Bericht bringt:

„Was die behaupteten Spaltungen im sozialdemokratischen Lager anbelangt, so leugnet Redner dieselben. Die innere und äußere Rolle der sozialdemokratischen Partei sei vom 1. Oktober ab eine ganz andere als bisher. Daß es gegenwärtig ähne und nicht alles klar sei, was geschehen solle, sei selbstverständlich. Die Gegner, die in jeder freien Meinungsäußerung innerhalb der sozialdemokratischen Partei eine Spaltung erblickten, dürften dies in Zukunft noch mehr thun. Unter dem Ausnahmegesetz sei die Parteiorganisation allerdings eine stramme gewesen. Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion werde aber die erste sein, die ihre bisherige leitende Stellung nicht mehr beanspruche. Das letzte Wort habe der Kongreß. An einem einzigen Tag werde es dann klar werden, was bisher gedacht und gearbeitet wurde. Die gegnerischen Parteien würden dann finden, daß sie auch dies Mal zu spät kamen. Gewiß sei, daß die Organisation gründlich umgeändert werde. Wichtig sei, daß die Parteileitung nach Berlin komme und zwar deshalb, weil dort auch die Regierungsgewalt sich konzentriere. Ein unglückliches Wort nennt Redner das Wort Liebnechts: „Wer nicht pariren will, fliege hinaus“. Ein Grund zu den wirklichen Streitigkeiten sei aber in der Partei nicht vorhanden. Die Partei habe keinen Grund, den seitherigen Kampf aufzugeben, nur müsse der Kampf mit Klugheit geführt werden. Redner glaubt nicht, daß die sozialdemokratische Partei sich seit Schaffung des Ausnahmegesetzes in einer schwierigeren Lage befinden habe, als jetzt. Man dürfe nicht bloß blindlings losstürmen und glauben, dann sei Alles gewonnen. Was den Vorschlag betreffe, den 1. Oktober als Demonstration zu benützen, so rath Redner entschieden hiervon ab. Den Gegnern müsse man seine Stärke durch die That zeigen. Der Kongreß habe so wichtige Arbeiten zu erfüllen, daß keine Zeit zu Demonstrationen verbleibe. Der neue Parteivorstand, der nicht die Reichstagsfraktion sein werde, habe auch zu viel zu thun, um an eine solche Demonstration zu denken. In derselben Weise, wie die Partei bisher alle Hindernisse überwunden habe, ebenso wolle sie, aber auch mit aller Vorsicht werde dem vorgesteckten Ziel zugehritten werden, das zu erreichen kein Gegner und kein System die Partei hindern werde.“

Die Unterdrückung Finnlands durch die Russen wird eifrig fortgesetzt. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß „Hufonstadsbladet“ eine vorläufige Verwarnung aus Petersburg erhalten habe, „vorsichtiger“ in seinen Aeußerungen zu sein. Dies ist die erste Verwarnung, die jemals einem schwedischen oder finnischen Blatte ertheilt ist. Die Finnen sind selbstverständlich sehr überrascht und tiefgetränkt, da die gesammte Presse des Landes nur die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes vertreten hat, ohne in irgend einem Falle starke oder aufreizende Ausdrücke gebraucht zu haben. Es werden in ganz Finnland nur 26 Blätter in finnischer (und schwedischer) Sprache geschrieben. Diese Blätter haben ein konstitutionelles Recht, frei und ungehindert die inneren Angelegenheiten zu erörtern und zu kritisieren. Was die auswärtigen Fragen betrifft, so ist Finnland den Gesetzen des Kaiserreichs unterworfen, aber in den inneren politischen Angelegenheiten hat das Land ein Recht auf volle Selbstverwaltung nach Maßgabe der Verfassung, die Alexander III. ebenso wie seine Vorgänger auf dem Throne zu halten beschworen hat. Nichts desto weniger muß das finnische Volk darauf gefaßt sein, bald die letzten Reste lokaler Selbstverwaltung verschwinden zu sehen.

Der orthodoxe armenische Patriarch Aschikian ist verflorenen Sonntag in der armenischen Kathedrale im Rum-Kapu-Viertel in Stambul Gegenstand einer Kundgebung gewesen, welche von blutigen Kaufereien begleitet gewesen war. Aus verschiedenen Konstantinopeler Berichten ergibt sich nachfolgendes Bild der tumultuarischen Vorgänge: Während des Gottesdienstes bestieg plötzlich ein Armenier, ein bereits abgestraftes Individuum, die Kanzel und begann eine Rede vorzulesen, welche den Patriarchen aufforderte, genaue Erklärungen über die letzten Vorgänge in Erzerum sowie über den Stand der armenischen Angelegenheiten überhaupt abzugeben. Der Patriarch bemerkte hierauf, der geheiligte Ort sei nicht der Platz für eine derartige Kundgebung, worauf der Ruf erscholl:

„Herunter mit dem Patriarchen!“ Und als Aschikian erwidern wollte, wurde er herabgerissen und geschlagen. Es gelang ihm jedoch, zu entkommen und in ein Privathaus zu flüchten. Der Armenier, welcher die Kanzel bestiegen hatte, gab auf einen Priester einen Revolver-schuß ab. In demselben Augenblicke zogen einige andere Armenier ihre Messer und erregten dadurch einen unbeschreiblichen Tumult. Sie machten von ihren Waffen den Soldaten, der Polizei und der Gendarmerie gegenüber Gebrauch, welche aus der Umgegend herbeigerufen waren, und verwundeten einige derselben ziemlich schwer durch Steinwürfe. Nach kurzer Zeit war übrigens die Rotte auseinandergetrieben, drei von den Hauptanführern der Bewegung wurden von ihren Glaubensgenossen getötet, zwei Excedenten wurden verhaftet. Auch auf einen Wachposten, der vor einem Schilderhause stand, wurde ein Schuß abgegeben, der aber sein Ziel verfehlte. Die Untersuchung dieser Ruhestörung, deren Spitze gegen die Person des armenischen Patriarchen gerichtet war, wurde, einer Konstantinopeler Meldung der „Pol. Corr.“ zufolge, einem vom Kriegsministerium eingesetzten Militärgericht überwiefen.

Deutschland.

Berlin, 1. August. Der böse Eindruck, den der vielbesprochene Bulgarenartikel der „Hamburger Nachr.“ in Oesterreich gemacht hat, ist durch die nachträgliche Feststellung, daß Fürst Bismarck mit diesem Artikel nichts zu thun hatte, leider nicht in wünschenswerther Weise abgeschwächt worden. Die öffentliche Meinung des Nachbarlandes ist nun einmal dahingedrängt worden, anzunehmen, daß die ehemalige Politik des Fürsten Bismarck russenfreundlicher gewesen sei, als es dem Bundesverhältnis entspreche. Es wird großer Geschicklichkeit und besten Tactes bedürfen, um zu verhindern, daß diese Anschauungen von der früheren auswärtigen Politik Deutschlands auf die jetzige Leitung des Reichs übertragen werden. Daß aber die „Hamb. Nachr.“ die Stellung des Fürsten Bismarck zu Rußland und zur Donaumonarchie gar nicht so unzutreffend gekennzeichnet haben, das kann man aus der jüngsten Unterredung des Fürsten mit einem russischen Korrespondenten deutlicher beinahe als nöthig erkennen. Fürst Bismarck lehnt den Gedanken an einen deutsch-russischen Krieg mit äußerster Bestimmtheit ab. Das ist gut und nützlich. Aber hinter all seinen Ausführungen steht ein räthselhaftes Fragezeichen, das nämlich, welches die russischen Rüstungen bedeutet. Fürst Bismarck ist überzeugt, daß diese Rüstungen nicht Deutschland gelten. Sie sind nach seiner Meinung (und er hat dasselbe schon in der Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 gesagt) dazu bestimmt, „in voller Rüstung einem zukünftigen Anlaufe zur Entscheidung der orientalischen Frage zu begegnen.“ Was heißt das anders, als daß Rußland sich auf einen Krieg mit Oesterreich-Ungarn vorbereitet? Der Fürst braucht es nun allerdings nicht für nöthig gehalten zu haben, dem russischen Korrespondenten zu sagen, welche Pflichten Deutschland in einem solchen Falle hätte. Aber, man kann sich nicht helfen, es geht ein Zug der Sympathie mit den russischen Ansprüchen auf den Balkan durch die jüngsten Aeußerungen des Exkanzlers hindurch. Er erklärt ganz offen, daß er und „sein alter Wilhelm“ den Sieg Rußlands im letzten türkischen Kriege gewünscht haben. Allerdings liegt diese Zeit vor dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses, aber derartige Gefinnungen wurzeln doch wohl in einer politischen Weltanschauung, die unabhängig ist von der jeweiligen äußeren Form der Beziehungen unter den Kabinetten. Und so kann man sagen: Fürst Bismarck hat niemals aufgehört, den Russen freundlich gesinnt zu sein. Die Politik, die er in der bulgarischen Frage befolgt hat, mag in Anbetracht der ungeheuren Schwierigkeiten der Lage ein Meisterstück geschickter Vermittelung gewesen sein, und Rußland hat trotz des Sturzes des Battenbergers ja auch keinen sichtbaren Gewinn davongetragen. Aber es ist noch sehr die Frage, ob man in Wien und Pest mit der damaligen deutschen Politik so einverstanden war, wie man sich nach außen hin den Schein geben mußte. Die gefährliche Unsicherheit der Balkanfragen jedenfalls ist nicht beseitigt worden. Es ist nutzlos, ergründen zu wollen, welche andere Politik hätte eingeschlagen werden können. In solchen Dingen entscheidet die That und ihre Konsequenzen müssen hingenommen werden; das ist der Unterschied zwischen Spintifizerei und Geschichte. Unter allen Umständen hat man in Rußland allen Anlaß, die guten Gefinnungen des Fürsten Bismarck anzuerkennen. Schließlich waren es doch zumeist die persönlichen Reibungen mit dem Fürsten Gortschakow, die zum Bruch führten. Wäre der alte russische Reichskanzler nicht in die Monomanie der Eitelkeit verfallen, die einen maßlosen Haß gegen den Fürsten Bismarck in ihm





